



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Produkthaftungsrechts wird kritisch gesehen

Aktuell seit 19.06.2026 11:11:53

Angegeben von:

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (R000534) am 19.06.2026

Beschreibung:

Der BDI bewertet den Regierungsentwurf zur Umsetzung der EU-Produkthaftungsrichtlinie kritisch. Zwar wird die Übernahme europäischer Vorgaben ohne zusätzliche nationale Verschärfungen begrüßt, problematisch sind jedoch insbesondere die Ausweitung des Anwendungsbereichs (inkl. Software), neue Offenlegungspflichten und Beweiserleichterungen sowie der Wegfall von Haftungsgrenzen. Diese Änderungen verschieben das bisher ausgewogene Haftungssystem zulasten der Industrie, erhöhen Rechtsunsicherheiten und bergen Risiken für missbräuchliche Klagen. Der BDI fordert daher eine restriktive Auslegung der neuen Vorschriften sowie einen stärkeren Schutz von Geschäftsgeheimnissen, um Innovationsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Zu Regierungsentwurf

1. Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/4297 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Produkthaftungsrechts

Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffene Interessenbereiche (1)

Zivilrecht [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (1)

ProdHaftG [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2606160047 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.04.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]